

Ursula Hornung

Geschlechterdemokratie in neoliberaler Zeit Feministische Politik- und Partizipationskonzepte und sozio- ökonomischer Wandel – ein Anachronismus?



Ursula Hornung, geb. 1958 in Worms, Studium der Soziologie, Politik und Philosophie an der Universität Frankfurt/M., war mehrere Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. und der Universität Dortmund. Heute arbeitet sie als Dozentin für Ökonomie, Politik sowie Berufs- und Arbeitspädagogik bei der Handwerkskammer Rhein-Main in Frankfurt/M. Daneben ist sie Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Fulda.

Feministische Politik und Partizipation heute: Hat die Frauenpolitik ausgedient?

Der öffentliche Abgesang auf eigenständige, demokratische Politik- und Partizipationskonzepte von Frauen ist vielstimmig und bedient sich der verschiedensten Tonarten. Im scheinbaren Widerspruch zu den Errungenschaften der Zeit stehend, wird die angebliche Antiquiertheit der „neuen“ Frauenbewegung und ihrer Politiken mal nüchtern kühl, mal erfreut konstatiert, gelegentlich enttäuscht kritisiert oder gar wehmütig beklagt. Dabei mehren sich die Stimmen derjenigen, die meinen, bereits heute die weitreichende Auflösung überkommener Patriarchalisten beobachten zu können. Ziele und Instrumente der Frauenpolitik gehen angeblich im Modernisierungsprozess unserer sich ausdifferenzierenden, individualisierten und pluralisierten Gesellschaft auf. Geschlechterdemokratische Problemstellungen als Feld der Politik erledigen sich folgerichtig genauso wie feministische Forderungen nach gleichberechtigter Partizipation. Schön, wenn dem so wäre!

Zeiten öffentlichlichkeitswirksamer Absagen und Zweifel am politischen Sinn und Zweck von Frauenbewegungen und Frauenpolitiken hat es wiederholt gegeben. Sie sind historisch betrachtet so alt wie der Umstand, dass jene immer wieder zu neuem Leben erwachen¹. Gleichwohl ist klärungsbedürftig, wie es heute – unter den aktuellen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und unter den Vorzeichen neoliberal orientierter, selbst ernannter

¹ Ute Gerhard, Atempause. Feminismus als demokratisches Objekt, Frankfurt/M. 1999.

Avantgardepolitik – um zeitgemäße Möglichkeiten feministischer Politik und Beteiligung bestellt ist. Ihre Notwendigkeit, generelle und potentiell hohe gesellschaftspolitische Brisanz und Wirkungskraft stehen für mich außer Zweifel. Der Bedeutungs- und Attraktivitätsverlust aber, den eigenständige Politik- und Partizipationsformen derzeit selbst unter politisch interessierten und engagierten Frauen erfahren, hat Gründe.

Frauenpolitische Intervention und Beteiligung im sozio-ökonomischen Wandel: Altbewährtes vor neuen Herausforderungen

Wir haben es heute mit einem höchst widersprüchlichem In- und Nebeneinander von Momenten des Wandels und Momenten der Kontinuität in Geschlechterverhältnis und -beziehungen zu tun. Das macht die Identifizierung von Zielen, Ansatzpunkten und Pfaden feministischer Politik und Partizipation nicht eben einfach. Im Unterschied aber zur Rede über den angeblichen Anachronismus eigenständiger Frauenpolitiken erübrigen sich diese keineswegs, ein qualitativer Sprung in Richtung politischer und sozio-ökonomischer Gleichheit zwischen Frauen und Männern ist nicht in Sicht. Weder ist ein deutlicher Zuwachs geschlechtsspezifischer Verteilungsgerechtigkeit beim Zugang von Frauen zu attraktiven Erwerbsarbeitsplätzen, Einkommen und Machtpositionen zu verzeichnen, noch eine deutliche Stärkung geschlechterdemokratischer Verhältnisse und Beziehungen, die Voraussetzung wie Resultat des sozio- und politisch-ökonomischen Wandels wären. Beides scheint - aller modischen, neoliberalen Hoffnungsträger wie Individualisierung und Pluralisierung, Flexibilisierung und Deregulierung zum Trotz - in weiter Ferne.

Auf der anderen Seite aber wohnen wir Veränderungsprozessen bei, die auf beachtliche Verschiebungen der Ausgangsbedingungen und Problemlagen in den Beziehungen der Geschlechter hinauslaufen. Sie sind im Hinblick auf die (Un)Gleichstellungen von Frauen und Männern bereits jetzt von hoher Bedeutung, werden aber in ihren Implikationen für feministische Intervention und Partizipation bislang eher gering veranschlagt bzw. nur selten thematisiert. So scheint das Neue am viel beschworenen Neuen unserer Zeit hauptsächlich darin zu bestehen, dass sich die Konfliktlagen verschärfen: sei es in der Form zunehmender Konkurrenz qualifizierter Frauen und Männer um attraktive, rare Erwerbsarbeitsplätze, insbesondere in den Dienstleistungsbereichen; sei es im „Privaten“, wo sich durch die Erhöhung Frauen heute offen stehender Handlungsoptionen einerseits, wie die Erosion angestammter männlicher Privilegien andererseits, das Machtgefälle verlagert, zugunsten von Frauen².

So betrachtet verdankt sich die Betonung der Antiquiertheit feministischer Politiken offenkundig nicht zuletzt Abwehrreflexen auf relative, gleichwohl bedeutsame Machtzuwächse von Frauen. Das konfrontiert mit der Ahnung, wie stark jene erst anwachsen mögen, sobald Frauen den machtwortverleihenden Charakter kollektiven, politisch-solidarischen Handelns wieder verstärkt für sich entdecken sollten, und wirft darüber hinaus die Frage auf, wie Ziele, Inhalte und Formen feministischer Politik und Partizipation zu gestalten sind, die den *heutigen* Bedingungen und Möglichkeiten entsprechen. Das setzt voraus zu klären, wie Frauen hinzu gewonnene Machtpotentiale politisch für sich nutzen können und schließt den

2 Ursula Hornung, Stachel „Geschlecht“. Der soziologische Diskurs über den Wandel und die Zukunft in Arbeit, Ökonomie und Geschlechterverhältnis – ein Überblick, in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (2000), S. 5-19.

realitätsgerechten Blick auf die Adressatinnen der eigenen Politiken ein. Denn die Betrachtung des gegenwärtigen Wandels zeigt zudem, dass die gesellschaftliche Lage von Frauen, wie ihre Wünsche, Bedürfnisse und Prioritätensetzungen, erheblich variieren³.

Frauen(förder)politik auf dem Prüfstand: gleichstellungspolitische Illusionen, begrenzte Erfolge und ambivalente Wirkungen

Feministische Politik und Partizipation stößt auf eine komplizierte Lage, die nicht allein, aber auch Ergebnis der eigenen Reichweite und Wirkungsmöglichkeiten ist. An einem ihrer wichtigsten Felder politischer Intervention und Beteiligung, der gleichstellungspolitisch orientierten betrieblichen Frauenförderung, lässt sich das illustrieren. Allein der statistische Blick auf die aktuellen Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit (2000) enthüllt, dass die Wirkungskraft der bisherigen Maßnahmen und Instrumente lediglich begrenzte Erfolge und höchst ambivalente, bedenkenswerte Folgen zeitigt. Der Wandel von der industriell dominierten Gesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft ist in Deutschland noch immer eindeutig und in altbekannter Weise geschlechtsspezifisch konnotiert: In Westdeutschland zeichnet sich die Integration von Frauen in das Erwerbssystem noch immer als Integration durch Segmentation und Segregation aus, reproduziert also tradierte, geschlechtsspezifische Trennungslinien, mit allen Folgen für die individuelle Existenzsicherung heute wie im Alter. In Ostdeutschland hingegen kämpfen Frauen um den Verbleib auf existenzsichernden Erwerbsarbeitsplätzen, aus denen sie sukzessive herausgedrängt werden. Dennoch behaupten ostdeutsche Frauen den beruflichen Gleichstellungsvorsprung, den sie vor westdeutschen haben⁴. Trotz anhaltenden Beschäftigungsrückgangs in Ostdeutschland ist der Anteil von Frauen, die einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung nachgehen, mit 78,4 Prozent in 1999 noch immer höher als in Westdeutschland mit lediglich 60 Prozent. Zugleich aber steigt in beiden Teilen Deutschlands der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen kontinuierlich an, seit 1991 um 5,6 Prozent im Westen und um 4,2 Prozent im Osten⁵.

Diese Zahlen enttäuschen so manche, die auf durchgreifendere Erfolge setzten, zumal die Voten und Optionen, die Frauen mit ihrem Verhalten setzen, eindeutig sind: Sie partizipieren zunehmend beruflich, jedoch können und wollen sie das vielfach nicht zu den Konditionen, welche tradierte „männliche“ Normalarbeit setzt, allemal in ihren neuen, zeitliche und räumliche Verfügbarkeit nahezu grenzenlos und zügellos fordernden Variationen. Unbeschadet dessen aber fungiert - und das ist politisch bedenklich - „männliche“ Normalarbeit noch immer als Maßstab traditioneller, gleichstellungspolitischer Interventionen der Frauen(förder)politik. Zu dieser Ungereimtheit tritt hinzu, dass die Schwerpunkte der Frauenförderung im Unterschied zur offiziellen Programmatik seit Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger in der betrieblichen Praxis deutlich anders gesetzt werden. Das entspricht zumeist nicht den Intentionen der beteiligten Frauenförderaktivistinnen, die sich hier aber scheinbar unbeugsamen Realitäten fügen. Praktisch durchsetzbar waren selbst in der Hochphase der

3 Mechthild Oechsle/ Birgit Geissler (Hrsg.), Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen 1998.

4 Hildegard M.Nickel, Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit, in: Birgit Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hrsg.), Es rettet uns kein höh'res Wesen Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 9-28.

5 Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarkt für Frauen. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Überblick. Sonderdruck aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Nr. 4, Nürnberg 2000.

Frauenförderung bis Mitte der neunziger Jahre nicht etwa gezielte Vorstöße zur Öffnung beruflicher Entwicklungs-, gar Karrierechancen, sondern vornehmlich betriebliche Regelungen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die noch dazu nahezu ausschließlich in Form von Maßnahmen zu Erziehungszeiten und Teilzeitarbeit betrieblich implementiert werden konnten. Ihre aus frauenpolitischer Sicht unzulängliche konzeptionelle, vor allem arbeitsrechtliche Ausgestaltung beschwört die Gefahr herauf, hierarchisierende und ausgrenzende Formen beruflicher wie „privater“ Arbeitsteilung festzuklopfen und verstellt den Blick für weiterreichende betriebspolitische Ansatzpunkte zur Lösung der Problematik. Das gilt etwa für die Veränderung betrieblicher Personalauswahl- und Bewertungskriterien oder den Umbau organisatorisch-institutionell festgeschriebener Aufstiegswege, einschließlich der Normen und Werte, die sie stützen und die durchweg auf traditionell männliche Erwerbsbiographien zugeschnitten sind⁶.

Weiterführende Intentionen und Erwartungen frauenpolitischer Akteurinnen zerschellen zumeist an betrieblichen Barrieren und Widerständen der Unternehmensführungen wie der personalpolitischen Entscheidungsträger im mittleren Management. Zudem scheitern sie nicht selten an der Weigerung von Kollegen und ihren Interessenvertretungen, die betriebliche Frauenförderpolitik zu unterstützen. Bei aller beobachtbaren alltagspraktischen, inhaltlich-strategischen Gewitztheit und Raffinesse kommen eigene politisch-praktische Fehler und Kurzschlüsse hinzu. Das Zusammenspiel gleichstellungspolitisch engagierter Frauen in- und außerhalb der Betriebe ist z.B. gelegentlich nur unzureichend koordiniert⁷ oder es werden Ansatzpunkte und Strategien vernachlässigt, die den betriebspolitischen Einfluss weiblicher Beschäftigter stärken könnten. Ob die anstehende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes hier einen Fortschritt bringt, bleibt abzuwarten. Entsprechende Vorschläge liegen vor⁸, werden aber in der breiteren Öffentlichkeit kaum diskutiert. Auch das trägt zu nur begrenzten Erfolgen bei, bietet aber Ansatzpunkte für Korrekturen, verbesserte oder neue Strategien und - vor allem - Hinweise auf notwendige Weiterungen in den Zielen, Perspektiven und Akzenten der Frauenpolitik.

Diese Situation verschärft der Sachverhalt, dass die Adressaten der Frauenpolitik, die soziale Gruppe „der“ Frauen, alles andere als eine homogene Gruppe ist. Das waren Frauen zu keinem Zeitpunkt, heute aber nimmt ihre Heterogenität zu. Die eigenen, wenn gleich nur relativen gleichstellungspolitischen Erfolge tragen hierzu ebenso bei wie die Wiedervereinigung und der Umstand, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Arbeitsmarktpolitisch werden die Ausdifferenzierungsprozesse unter Frauen maßgeblich dadurch vorangetrieben, dass in einzelnen Regionen und Bereichen des Erwerbssystems die beruflichen Chancen bestimmter Frauen steigen, hauptsächlich dann, wenn sie hoch qualifiziert und bereit sind, sich den Anforderungen „männlicher“ Normalarbeit zu fügen. Anderen hingegen bleibt oft nicht mehr, als sich mit unattraktiven, häufig minder entlohnten und gesi-

6 Eva Brumlop/ Ursula Hornung, Betriebliche Frauenförderung - Aufbrechen von Arbeitsmarktbarrieren oder Verfestigung traditioneller Rollenmuster, in: Petra Beckmann/ Gerhard Engelbrech (Hrsg.), Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - ein Schritt vor oder ein Schritt zurück. Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen, Nürnberg 1994, S. 836-851.

7 Ursula Fries/ Ursula Hornung, „Ob Männlein oder Weiblein - das spielt keine Rolle“. Frauenförderung, Gleichstellungsideologie und Politik im Mittelstand, in: WSI-Mitteilungen, 50. Jg. (1997), Heft 1, S. 31-37 und Ursula Hornung, Let 's Do „Gender“. And don 't forget Sex!/? Reflexionen über berufliche Gleichheit, A-Sexualisierung und Frauenförderung am Beispiel mittlerer Dienstleister, in: Ilse Lenz/ Hildegard M.Nickel/Birgit Riegraf (Hrsg.), Geschlecht. Arbeit. Zukunft, Münster 2000, S. 96-125.

8 Marion Burkhardt u.a., Betriebsverfassung. Plädoyer für eine Reform. Intervention Berliner Arbeitsrechtlerinnen und Arbeitsrechtler von links für eine demokratische, moderne und soziale Betriebsverfassung, Selbstverlag, Berlin 2000.

cherten Arbeitsplätzen zu begnügen, sofern sie denn überhaupt diese Chance erhalten. Im Zentrum dieser Trends steht der, selbst mit Hilfe der betrieblichen Frauenförderpolitik, vorangebrachte Wandel der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und -bedingungen weg von der „Normalarbeit“ im Sinne rechtlich und sozial gesicherter, kontinuierlicher und unbefristeter Beschäftigung hin zu flexiblen, deregulierten, typisch „weiblichen“ Arbeitsverhältnissen. Diese werden noch immer primär für Frauen bereitgestellt, verstärkt jedoch für Männer. Die beobachtbaren Trennungslinien verlaufen entlang der Geschlechtergrenzen, zusehends aber quer dazu.

Die „Feminisierung“ der objektiven wie subjektiven Seiten des Beschäftigungssystems, Voraussetzung wie Resultat des sozio-ökonomischen Wandels, impliziert gesellschaftliche Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse, deren Gewinner/-innen und Verlierer/-innen nicht ohne weiteres erkennbar sind⁹. Hier liegt der wahre Kern der neoliberalen Ideologie. Frauenpolitisch brisant daran ist vor allem, dass die Erosion „männlicher“ Normalarbeit gleichstellungspolitischer Intervention sukzessive den Boden entzieht, auf dem sie stehen zu können glaubte. Sie verliert ihre wichtigste Bezugsgröße, ohne ihrerseits alternative Orientierungen zu bieten. Solange die Frauenförderpolitik zudem stärker auf Einpassung in Bestehendes, denn auf dessen gezielte Veränderung und bewusste Gestaltung setzt, kann sie realitätsgerechte, zukunftsweisende Ansatzpunkte erst gar nicht identifizieren, konkretisieren sich ihre Ziele und Perspektiven in politischen Formen und Instrumenten, die, wie z.B. Quotierungsregelungen, an dem vorbeigehen, was heute zur Lösung ansteht, aber außerhalb des einmal anvisierten Horizonts liegt. Die Maßstäbe und Möglichkeiten der betrieblichen Frauenpolitik, aber nicht nur dieser, sind auch deshalb zu überdenken, will sie in naher Zukunft noch eine Zukunft haben.

Frauenpolitische Sackgassen: verkürzte Ziele, verstellte Perspektiven, mögliche Weiterungen

Dabei dürfte der Blick auf weiterführende Perspektiven versperrt bleiben, solange die richtigen Fragen erst gar nicht gestellt werden. Wie beispielsweise sollen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch forcierte, hierarchisierende und ausgrenzende Differenzierungen unter Frauen zukünftig frauenpolitisch aufgegriffen werden? Das setzt die Identifizierung gemeinsamer Ziele wie Interessen- und Bedürfnislagen voraus. Wie diese - allen Unterschieden, gar Gegensätzen zum Trotz - aussehen und als Bezugspunkte gemeinsamen Handelns fungieren können, ist innerhalb herkömmlicher, gleichstellungspolitischer Logik weder als Problem relevant, noch ist hier eine Antwort auszumachen. Es finden sich keine Maßstäbe, mit denen sich mögliche, politisch zu forcierende Richtungsänderungen des sozio-ökonomischen Wandels begründen ließen, noch Anhaltspunkte für die Existenz, gar Lösungsmöglichkeit der Problematik, dass Frauen eben nicht über durchgängig gemeinsame Erfahrungen der Benachteiligung und Diskriminierung, der Unterordnung und damit verbundenen Kränkung, verfügen. Diese machen sich zusätzlich und quer zur Geschlechtsangehörigkeit an verschiedenen, mehrdimensionalen Faktoren fest, welche sich nicht auf sozio- und politisch-ökonomisch maßgebliche Kriterien reduzieren, sondern oft genug zusammengehen mit anderen, sozio-kulturell häufig überdeterminierten Fremd- und Selbstzuschreibungen,

9 Volker Döhl/Nick Kratzer/Dieter Sauer, Krise der NormalArbeit(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit - neue Anforderungen an Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen, 53. Jg. (2000), Heft 1, S. 5-17.

wie z.B. Ethnisierungs- und Rassifizierungsprozesse zeigen. Wie überhaupt ist angesichts dessen Frauenpolitik begründbar, worauf kann sie sich beziehen? Feministische Politik ist hier gefordert - auch in den Betrieben.

Diese Problematiken verweisen auf grundsätzliche Fragen der Frauenpolitik überhaupt. Was in einer auf bloße Gleichstellung reduzierten Perspektive gar nicht erst als frauenpolitisch relevante Frage und als Problem auftaucht, ist aktuell Gegenstand kontroverser Debatten in der Frauenforschung¹⁰ und wurde bereits vor Jahren hellsichtig formuliert¹¹. Wenn Frauen als soziale Bewegungen agieren, wollen sie „nicht in der biologischen Differenz zum Mann und über die ideologischen Zuschreibungen von Weiblichkeit als Geschlechtscharakter ..., sondern über ihre gesellschaftlichen Rechte und Leistungen ... definiert werden. Das eint die Frauen einerseits, wie es sie spaltet; denn es lässt sich schnell erkennen, wie sehr die biologische Zweigeschlechtlichkeit – so es denn bloß eine solche wäre – in den Hintergrund tritt, wenn es um das Geschlecht als soziale Kategorie geht“¹². Was Frauen als Frauen politisch eint, ist nach dieser Analyse gerade nicht die biologistischen Selbstmissverständnissen folgende Verortung von Frauen innerhalb einer bipolar konstruierten Zweigeschlechtlichkeit, in der „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ von vornherein fixiert und festgeschrieben werden. Sondern es ist im Gegenteil die Zurückweisung derartiger Annahmen. Sie ist auf das engste verwoben mit dem Streben nach gesellschaftlichen Rechten. Diese Intention aber erschwert zugleich die politische Bündnisfähigkeit: Die Identifikation mit dem eigenen „Frau-Sein“, die in der Frauenpolitik immer zugleich erfolgen muss, tritt in dem Moment zurück, in dem der soziale Gehalt von „Geschlecht“ erkannt, öffentlich kritisiert und politisch transformiert werden soll. Das gilt etwa für die Kritik und Politisierung patriarchaler Normen und Werte, die das Erwerbssystem prägen und bestimmten Frauen noch dazu repressive Formen kultureller Integration abverlangen.

Angesichts dessen sind Politik- und Beteiligungsformen gefordert, die die politische Durchsetzung von Chancengleichheit nicht mit der Einhaltung formeller Gleichstellungsregeln verwechseln. Diese sind vielmehr aus einem politisch zu begründenden, materialen Versprechen gesellschaftlicher Gleichheit heraus zu (re)formulieren¹³. Das bedeutet nicht allein, feministische Politiken kritisch rückzubinden an die konkrete Verfasstheit und Veränderungsmöglichkeit vorgefundener Strukturen, Maßstäbe, Regelungen oder Umgangsformen. Sondern darüber hinaus geht es darum, das, was Menschen - hier: Frauen - an rational begründbaren Anforderungen an gesellschaftliche Gleichheit (oder Gerechtigkeit) artikulieren, in politisch-öffentliche Auseinandersetzungen zu transferieren. Für die Ausformulierung von Leitbildern der Frauenpolitik bedeutet das, Ziele, Inhalte und Perspektiven gesellschaftlicher - also ebenso: beruflicher - Gleichheit gründlicher und, anders als bislang geschehen, auszubuchstabieren, gerade im Hinblick auf mögliche Abwehrhaltungen gegenüber allem, was Verschiedenheit und Abweichung impliziert¹⁴.

10 Ulrike Haensch, Subjektive Dimensionen im feministischen Streit um Geschlecht und Dekonstruktion, in: Christine Bauhardt/Angelika von Wahl (Hrsg.), *Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft*, Opladen 1999, S. 47-62.

11 Sigrid Metz-Göckel, Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen, in: Ursula Beer (Hrsg.), *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*, Bielefeld 1987, S. 28-66.

12 Metz-Göckel, *Schwestern*, S. 31.

13 Darauf hat Barbara Holland-Cunz in einem bislang unveröffentlichten Vortrag, den sie in der Sektionsveranstaltung der Sektion Frauenforschung der DGS auf dem Soziologietag 2000 in Köln gehalten hat, hingewiesen.

14 Michael Walzer, *Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie*, Frankfurt/M. 1999.

Hier erfährt die Frauenpolitik derzeit allerdings selbst von der Frauenforschung wenig Unterstützung, die Argumentations- und Orientierungshilfe bieten könnte: Diese greift in ihren neuen Theoriedebatten die skizzierten Problematiken in ihren theoretischen Implikationen zwar auf¹⁵, bleibt aber vielfach auf hohem Abstraktionsniveau stecken und bindet die Dimensionen geschlechtlicher Benachteiligung und Diskriminierung nur unzulänglich zurück an aktuelle, sozio- und politisch-ökonomischen Kontexte und ihren Wandel. Hinzu kommt, dass sich die Analysen auf hierarchisierende, ausgrenzende Formen gesellschaftlich relevanter Differenzierungen begrenzen - zwischen Frauen und Männern wie unter Frauen. Die Auseinandersetzung mit politisch-normativ zu begründenden Werten und Normen, auf deren Grundlage Anforderungen an gesellschaftliche oder auch berufliche Gleichheit erst zu entwickeln wären, bleibt außen vor. Der Preis für die Vernachlässigung solcher, für das Politische aber zentralen Überlegungen, die in aktuellen „Main-Stream-Debatten“ breiten Raum einnehmen, ist der Verzicht auf die selbstbewusste Formulierung politisch überzeugender Maßstäbe, Ziele und Perspektiven, welche auf die Gegenwartsgesellschaft bezogen, diese gleichzeitig zu transzendieren in der Lage sind. Deliberative Formen der Politik aber, also solche, die die demokratische „Kultur der Argumentation“ für sich zu nutzen wissen, sind, aller liberal-demokratischen Kurzschlüsse zum Trotz, unverzichtbar, wenn es um die Anmeldung und Durchsetzung politischer Ansprüche und Forderungen geht¹⁶. Das gilt auch für die Frauenpolitik. Diese ist auf entsprechenden „Input“ angewiesen. Wie wollen ihre Akteurinnen sich ansonsten in den Auseinandersetzungen des Alltags, der Kraft kostet, Perspektiven begrenzt und Phantasien beschneidet, behaupten?

Frauenbewegte Krisen und alltägliche Misere: Plädoyer für die Wiederentdeckung des Politischen in der Politik

Heute aber sind im Unterschied zu den siebziger und achtziger Jahren starke Frauengruppen, in die Frauen sich einbinden, in denen sie sich miteinander auseinandersetzen und positiv aufeinander beziehen können, aus der politischen Öffentlichkeit verschwunden¹⁷. Gleichzeitig werden die Erfolge der gleichstellungspolitischen Klein- und Kleinstarbeit öffentlich kaum wahrgenommen. Die verbleibende Berichterstattung der Medien reduziert sich auf das Auftreten einzelner, starker Frauen oder auf Reste von Frauengruppen, die sich noch dazu gerne in Wehklagen über anhaltende Benachteiligungen ergehen und entwertende Urteile selbst von Frauen geradezu heraufbeschwören¹⁸. Allein schon deshalb erscheint der Rückgang feministischer Aktivitäten wie der Rückzug aus frauenpolitischen Zusammenhängen nicht verwunderlich.

Ob der maßgebliche Grund hierfür allerdings in tief sitzenden Enttäuschungen frauenpolitischer Aktivistinnen zu suchen ist, wie manche meinen¹⁹, leuchtet nicht wirklich ein. Natürlich frustrieren der Eindruck von Erfolglosigkeit und das Festbeißen in starren, veränderungsresistenten Institutionen²⁰. Faktisch aber wurde einiges bewegt, wenn auch nicht im

15 Paula-Irene Villa, Das Subjekt Frau als Geschlecht mit Körper und Sexualität - Zum Stand der Frauenforschung in der Soziologie, in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 3 (2000), S. 20-35.

16 Das zeigt Walzer, Vernunft, S. 34 ff.

17 Das vermerkt Silvia Kontos, Die Ankunft des Neoliberalismus in der Frauenpolitik, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 18. Jg (2000), Heft 10, S. 42-46.

18 Kontos, Ankunft.

19 Kontos, Ankunft.

20 Kontos, Ankunft.

erwünschten Ausmaß. Zudem ist die Mitarbeit in subtil konkurrierenden, dafür aber umso offener rivalisierenden, verberuflichten frauenpolitischen Zusammenhängen mit Sicherheit keine vergnügliche Angelegenheit, die Erotik verbreitet und Lust verleiht, wie andere betonen.²¹ Statt stärkender Schwesternsolidarität, unterstützender Netzwerkarbeit und machtverleihender Seilschaften, die den frauenpolitischen Beteiligungskonzepten zufolge quer zur etablierten Männerordnung geschaffen werden sollen, erwartet viele - die meisten? - im beruflichen Alltag zermürbendes Einzelkämpfertum. Das ist alles andere als attraktiv, ermuntert und stärkt mitnichten, sondern schreckt ab. Die Erfolge kollektiv erkämpfter Quotenregelungen sorgen zwar dafür, dass sich der quantitative Anteil von Frauen in bestimmten Bereichen erhöht, aber eine Stärkung demokratischer Beteiligungschancen, frauenpolitischer Themen und Positionen oder selbst der politischen Solidarität unter Frauen stellt sich noch lange nicht her. Das tröstet nicht darüber hinweg, dass Frauen nicht als Feministinnen geboren werden, wie schon Simone de Beauvoir frei von unbegründeten Illusionen bemerkte, und verweist wiederum auf nicht mehr als die Begrenztheit der Reichweite und Wirkungsmöglichkeiten traditioneller, gleichstellungspolitischer Beteiligungsformen und -instrumente, die die Veränderung von organisatorisch-institutionellen Gegebenheiten, Praktiken und Umgangsformen - auch unter Frauen - nicht zum Ziel und Maßstab der Politik erheben, obwohl es darauf ankäme.

Warum also sollte es nicht möglich sein, hieran etwas zum Besseren zu wenden? Selbst der allenthalben offerierte Fingerzeig auf den quer zu sämtlichen Alltagskonflikten liegenden, scheinbar unausweichlichen und einer konstruktiven Lösung nur schwer zugänglichen Generationenkonflikt zwischen „Müttern“ und „Töchtern“ der Bewegung, der auch in Silvia Kontos scharfsinniger Analyse nicht fehlt, aber selbst hier im Nebulösen bleibt, erklärt die aktuelle frauenpolitische Schwäche nur oberflächlich. Zumeist vorgebracht von Feministinnen, die bereits von Anfang an dabei waren, unterstellt dieses Argument jungen Frauen, dass ihre Kritiken und distanzierende Abgrenzungen gegenüber der Frauenpolitik, wenn nicht in Gänze, so doch maßgeblich auf unbewussten Verwechslungen und Wiederholungszwängen beruhen. Eine solche, umstandslose Übertragung individualpsychologischer Problematiken auf die verallgemeinernde Ebene sozialpsychologischer Erklärungen irritiert mehr als sie erhellt, vor allem aber: Sie immunisiert gegenüber Kritik, schottet vor inhaltlichen Auseinandersetzungen ab und befördert Stagnation ebenso wie Ausgrenzung. Die aktuelle Schwäche feministischer Politik und Partizipation hat viele Gründe. Aber ihr wohnt keine Zwangsläufigkeit inne: Sie ist - aller äußeren Widerstände und Barrieren zum Trotz - in Teilen durchaus selbst produziert.

Mit dem sozio-ökonomischen Wandel haben sich die Anforderungen an feministische Politiken und demokratische Partizipationsformen von Frauen verändert, verbunden damit werden Begrenzungen und Schwächen der alten umso deutlicher. Alte Einsichten scheinen nicht mehr zu gelten bzw. an neuen Realitäten und Herausforderungen vorbei zu schlittern. Das verlangt inhaltliche Auseinandersetzungen, politische Umorientierungen und neue Weichenstellungen: Feministische Intervention und Beteiligung bieten wenig überzeugende, offensive Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der Zeit, solange sie sich in vorgegebenen Strukturen, altbewährten Wahrheiten und eingeübten Praktiken festfahren

21 Vgl. hierzu exemplarisch den aufschlußreichen Beitrag von Martina Schmiedhofer, Und wo bleibt die Schwesternschaft, die trägt? Zu den Affären und Rücktritten von grünen Spitzenpolitikerinnen, in: Frankfurter Rundschau, 4.9.1998, S. 12. Dort wird die hier skizzierte Problematik aus der Innensicht einer grün-feministischen Berufspolitikerin beschrieben und mit außergewöhnlichem Mut öffentlich gemacht, was viele lediglich nicht-öffentlich berichten mögen.

und verstricken, statt diese neu zu hinterfragen. Seien es Illusionen über ein vor-politisches „Wir“, das in der Frauenbewegung praktisch nie existierte und um das immer hart gerungen werden musste. Seien es Hoffnungen darauf, dass das Mekka gesellschaftlicher Gleichheit unmittelbar bevorsteht oder aber die Täuschung, Gleichstellungspolitik allein Sorge bereits für akzeptable Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen.